

Warum Frauen zu Täterinnen werden

Sicherheit Noch nie hat es so viele Selbstmordattentäterinnen gegeben wie im Jahr 2017. Für den Westen bedeutet dies, dass man sich von konservativen Vorstellungen verabschieden muss – auch wenn die Motive der Attentäterinnen nicht immer dieselben sind.

Joëlle Weil

Die Zahl der weltweiten Selbstmordattentate hat im letzten Jahr einen Tiefstand seit 2013 erreicht: 348 Attentate wurden 2017 laut einer neuen Studie des israelischen Institute of National Security Studies verübt. Dabei kamen in 23 Ländern 4310 Menschen ums Leben, 6700 wurden bei den Anschlägen verletzt. Beruhigend wirken solche Zahlen zwar nicht, sie zeigen aber immerhin einen Rückgang der derartigen Gewalt.

Was die Studie zudem aufzeigt, ist das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Attentätern, und hier zeigen die neuesten Zahlen einen überraschenden Trend: Noch nie waren so viele Frauen als Täterinnen aktiv wie im vergangenen Jahr. 137 Frauen und Mädchen verübten Selbstmordanschläge. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es lediglich 77 Frauen. In 126 der dokumentierten Fälle handelte es sich um Anschläge der afrikanisch-islamistischen Terrororganisation Boko Haram. Generell jedoch führt der Islamische Staat (IS) die Liste der meisten Selbstmordattentate an.

Unschuldiges Auftreten wird ausgenutzt

Frauen, die eine aktive Rolle im Terrorismus spielen, sind kein neues Phänomen. Trotzdem gelten sie noch immer als der Underdog in diesem Gewaltspiel und entsprechen nicht dem stigmatisierten Bild des Bösen. Der Fall Boko Haram bestärkt dieses weit verbreitete Denken: «Frauen, die unter Boko Haram Selbstmordattentate verüben, werden hauptsächlich unter Erpressung und Zwang aktiv», sagt Aviad Mendelboim, der die Studie unter anderem verfasst hat. Dass Boko Haram hauptsächlich Frauen und gar kleine Kinder für seine Zwecke nutzt, bestätigt erneut auch eine aktuelle Studie der Yale-Universität, die zeigt, dass beispielsweise 2011 mindestens 244 von den 338 verübten Attentaten von Frauen und Kindern ausgingen.

Im vergangenen Juni waren laut der Studie mehr als doppelt so viele Selbstmordattentäter Frauen. Kidnapping von Schulmädchen, um diese dann für sich



Fatima sollte als 15-Jährige für Boko Haram ein Attentat ausführen. Sie flüchtete und lebt nun in einem nigerianischen Flüchtlingslager. Bild: Andy Spyra/Keystone (Maiduguri, 24. März 2016)

und ihre Ideologien zu missbrauchen, gehört zu den Vorgehensweisen der Terrorgruppe. Dabei profitiert die Terrorgruppe von der gesellschaftlichen Unschuldsumutung der Frau und deren Auftreten: Sprengkörper lassen sich unter locker sitzenden Gewändern oder gar an Kleinkindern geschnallt schlechter erkennen und einfacher ans Ziel bringen als durch einen Mann.

Wenn Frauen für Ideologien kämpfen

Das vermeintlich scheinheilige Bild der Frau kippt jedoch, wenn man sich mit den Frauen beim Islamischen Staat befasst. «Beim IS ist die Rollenverteilung eigentlich eine ganz klare», sagt Men-

delboim. «Die Männer kämpfen an der Front, während sich die Frau um den Haushalt und den Nachwuchs kümmert.» Dass auch dort vermehrt Frauen als Selbstmordattentäterinnen aktiv sind, hat einen anderen Grund, der mit einer Art Ermächtigung und Unabhängigkeit der Frau zu tun haben könnte. «Beim IS wollen vermehrt Frauen an die Front und als Kämpferinnen im Krieg dienen.» Man könne fast von Terrorismusfeminismus sprechen.

Beim IS handeln Frauen meist aus ideologischen Gründen. Dies stellt sie – ganz im Gegensatz zu Boko Haram – auf dieselbe Ebene wie die Männer: Beide handeln aus Überzeugung und aufgrund einer Vision. Dass

viele Frauen aus dem emanzipierten Westen zum IS stossen, hat mit deren Bedürfnis zu kämpfen wenig zu tun, sagt Mendelboim. Viel mehr spielen die Niederlagen des IS eine wichtige Rolle in der neuen Aufstellung. Der Verlust an Territorium und an Kämpfern zwingt sogar den konservativen Islamischen Staat, auch Frauen zu rekrutieren.

Terrorismus entwickelt sich weiter

Dass Europa naiv mit diesem Thema und der theoretischen Gefahr, die von Frauen ausgehen kann, umgeht, glaubt Mendelboim nicht: «Wer vom IS aus Syrien oder dem Irak nach Europa zurückkehrt, muss sich einer lan-

gen Prozedur von Befragungen unterziehen, egal ob es sich dabei um einen Mann oder um eine Frau handelt.» Internationale Geheimdienste seien sich des weiblichen terroristischen Potenzials durchaus bewusst, auch wenn dieses Bild im gesellschaftlichen Bewusstsein noch nicht angekommen ist. Eine Prognose für die Zukunft zu stellen und «den weiblichen Terrorismus» als die Gefahr der Zukunft zu prophezeien, sei laut Mendelboim jedoch falsch: «Wir können die Zukunft nicht voraussagen. Wir müssen die Lage jedes Jahr aufs Neue auswerten und die Entwicklungen beobachten. Trotz sorgfältiger Beobachtungen können sich die Lage und die Strategien der

Terrorgruppen ständig verändern.» Sich vom IS, dafür aber nicht von Boko Haram bedroht zu fühlen, sei aber bestimmt nicht richtig. «Die Mittel von Boko Haram können sich verändern. Sich in Sicherheit zu glauben, weil sich Boko-Haram-Terror hauptsächlich in Afrika abspielt, ist genauso naiv, denn auch Boko Haram kann sich in Zukunft in Europa oder den USA einnisten.» Auch Terrorismus entwickle sich weiter, und diese Entwicklungen seien nicht berechenbar. Umso wichtiger sei es für Geheimdienste, alle Entwicklungsmöglichkeiten und Formen des Terrorismus zu berücksichtigen, auch wenn diese zunächst unwahrscheinlich und fremd erscheinen.

Geheimdienste in Alarmbereitschaft

Dänemark Im Internet kursieren Listen, die zu Morden an Ministern, Parlamentariern und der Königin aufrufen. Dass Journalisten – und nicht der Geheimdienst – den Fall aufgedeckt haben, stösst nun auf Kritik.

Auf diversen Internetseiten und in Foren fordern laut Recherchen des dänischen Radios DR Unbekannte zum Mord an bekannten Persönlichkeiten auf. Mögliche Täter sollen nach Dänemark einreisen, um die auf einer langen Liste aufgeführten Prominenten umzubringen. Dazu gehören Minister, sämtliche Parlamentsmitglieder, Familiendynastien und Angehörige des Königshauses. Zuoberst auf der Liste steht der liberale dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen.

Die Anweisung in dem Aufruf sind laut DR äusserst detailliert. So finden sich Adressanga-

ben und Links zu Videos, die die Umgebung von Wohnungen der Betroffenen zeigen, darunter jene von Løkke.

Genauer Plan der königlichen Residenz

Enthalten sind überdies Informationen darüber, wo Familienmitglieder von Løkke und anderen Politikern zu finden sind. Und auch der Königshof ist im Visier der Unbekannten: Er befinde sich nur wenige hundert Meter von der Wohnung des Ministerpräsidenten entfernt, heisst es im Aufruf, dazu folgt ein Link mit einem genauen Plan der königlichen Re-

sidenz. Der schwedische Terrorexperte Magnus Ranstorp spricht von einer ernsthaften Bedrohung, es handle sich um eine klare Aufforderung mit spezifischen Zielen. Dies gehe über das hinaus, wofür ein bekannter dänischer Islamist verurteilt worden sei: Er hatte auf Youtube, Facebook und in Büchern zu Terror und Angriffen gegen bekannte Dänen aufgerufen, darunter gemässigte Muslime. Dem gebürtigen Marokkaner war deshalb zusätzlich zu einer Gefängnisstrafe die dänische Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Unter den jetzt Betroffenen hat die Liste

Schockwellen ausgelöst. «Das ist ja eine Gebrauchsanweisung», sagte Preben Bang Henriksen, der rechtspolitische Sprecher der Liberalen im Parlament. Er erlebe als Politiker oft auf die eine oder andere Art Unangenehmes, «aber wenn publiziert wird, auf welcher Etage der Ministerpräsident wohnt, dann läuft es einem schon kalt den Rücken runter».

Radio erstattet Anzeige bei der Polizei

Weder der Königshof noch ein Ministerium oder der Geheimdienst wollten sich zunächst zu den Fällen äussern. DR hat laut

eigenen Angaben bei der Polizei Anzeige erstattet und mehrere Internetanbieter informiert. Einige hätten geantwortet, dass die fraglichen Einträge gegen ihre Regeln verstiessen, hiess es laut DR; ein Teil der Aufrufe wurde in der Zwischenzeit blockiert. Das Justizministerium erklärte lediglich, der Geheimdienst kümmere sich um «Online-Terrorpropaganda» und habe das nötige Personal, um dagegen vorzugehen. Ausserdem wurde versucht, mit Blockierungsfiltren den Zugang zu gefährlichen Inhalten auf ausländischen Websites zu sperren. Die Sozialdemokratin

Trine Bramsen kritisierte hingegen: «Es ist ungenügend, dass Journalisten auf diese Listen stossen. Die Behörden sollen verstärkt im Netz patrouillieren und sie finden.»

Terrorexperte Ranstorp sagte zu DR, dass der Geheimdienst möglicherweise seine Gründe habe, die Entfernung der Listen auf dem Internet nicht sofort durchzusetzen. Vielleicht versuche der Staatsschutz herauszufinden, wer auf die entsprechenden Seiten zugreife oder die Informationen weiterverbreite.

Niels Anner, Kopenhagen